

Stadtverordnetenbüro
Auskunft erteilt: Frau Allamode
Südanlage 5, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1032
Telefax: 0641 306-2033
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 03.07.2008

N i e d e r s c h r i f t

der 18. Sitzung des Ausschusses für Planen, Bauen, Umwelt und Verkehr

am Dienstag, dem 03.06.2008,

Kerkrade-Zimmer, Kongresshalle, Berliner Platz 2, 35390 Gießen.

Sitzungsdauer: 19:05 - 22:48 Uhr

Anwesend:

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Frau Dorothe Küster

Ausschussvorsitzende

Frau Christine Wagener

(in Vertretung für Stv. Bernard)

Herr Dr. Johannes Dittrich

Herr Michael Oswald

Frau Ute Wernert-Jahn

(ab 21:05 Uhr)

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Herr Wolfgang Bellof

Frau Eva Janzen

Frau Renate Schlotmann

Herr Andreas Walldorf

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Dr. Wolfgang Deetjen

(bis 22:40 Uhr)

Frau Dr. Bettina Speiser

Stadtverordnete der FDP-Fraktion:

Herr Harald Scherer

(bis 21:00 Uhr)

Stadtverordnete der Die Linke.Fraktion:

Herr Michael Beltz

Außerdem:

Frau Dietlind Grabe-Bolz

SPD-Fraktion

(von 19:40 Uhr bis 22:45 Uhr)

Frau Inge Bietz

SPD-Fraktion

(bis 21:50 Uhr)

Herr Klaus-Dieter Grothe

Fraktion B'90/Die Grünen

(bis 21:00 Uhr)

Herr Michael Janitzki

Die Linke.Fraktion

Herr Heiner Geißler

FW-Fraktion

5. Vorstellung des Nutzungskonzeptes Rathaus;
hier: Bericht des Magistrats
6. Bericht des Magistrats zur Innenstadtbeleuchtung
7. Beleuchtungskonzept STV/1714/2008
- Antrag der SPD-Fraktion vom 26.05.2008 -
8. Kostenaufstellung der Baumaßnahmen in Gießen STV/1696/2008
- Antrag der FW-Fraktion vom 19.05.2008 -
9. Berichts Antrag betreffend Gewerbefläche Lützellinden STV/1698/2008
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen
und FDP vom 15.05.2008 -
- 9.1. Großgewerbefläche Gi-Lützellinden STV/1710/2008
- Antrag der FW-Fraktion vom 26.05.2008 -
- 9.2. Berichts Antrag Industriegebiet/Großgewerbefläche STV/1717/2008
Lützellinden
- Antrag der SPD-Fraktion vom 26.05.2008 -
10. Berichts Antrag Campuserwicklung STV/1718/2008
- Antrag der SPD-Fraktion vom 26.05.2008 -
11. Verschiedenes

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

2. **9. Satzung zur Änderung der Abfallsatzung der STV/1680/2008
Universitätsstadt Gießen vom 16.11.1981
- Antrag des Magistrats vom 19.05.2008 -**
-

Antrag:

„Der anliegende Entwurf der 9. Satzung zur Änderung der Abfallsatzung der
Universitätsstadt Gießen wird als Satzung beschlossen.“

Stadtrat Rausch und **Herr Dr. Hasselbach** erläutern detailliert das neue geplante System. Mittelfristiges Ziel sei es, zu einer vierwöchigen Abfuhr zu kommen, um Kosten zu sparen und den Verkehr (Stichwort: Feinstaub) zu entlasten. Allerdings solle auch weiterhin die Biotonne wöchentlich abgefahren werden. Neu sei auch die 60 Liter Tonne für den Restmüll. Erklärtes Ziel ist es, die Restmüllmenge entscheidend zu reduzieren. Dazu wurden bereits Projekte gestartet, wie etwa, dass seit ca. zwei Jahren die Abfall-Consult in der Nordstadt die Menschen in dieser Hinsicht berät.

Sich anschließende Fragen der Stadtverordneten Bellof, Janitzki und Janzen werden ausführlich von Herrn Dr. Hasselbach und Stadtrat Rausch beantwortet.

Abschließend konfrontiert **Stv. Geißler**, FW-Fraktion, Stadtrat Rausch mit Zahlen (werden auf Antrag von Stv. Janitzki nachfolgend wörtlich zu Protokoll genommen), die der Presse vergangener Woche von Kreisabfallwirtschaftsdezernent Stefan Becker präsentiert wurden. Demnach habe der Landkreis der Stadt - bei etwa gleichbleibender Restmüllmenge - seit 2005 sogar weniger Entsorgungskosten in Rechnung gestellt. Für dieses Jahr seien nur noch 4,3 Millionen Euro an Gebühren aus Gießen eingeplant. Mithin könne er - Stadtrat Rausch - den Kreis nicht dafür verantwortlich machen, dass in der Stadt nun die Gebühren steigen werden.

Wörtliche Protokollierung: „Hat die Stadt dem Landkreis seit 2005 mehr oder weniger Entsorgungskosten gezahlt? Gut, wenn Sie die Zahlen nicht wissen, ich weiß sie. 2005 waren es 4,6 Millionen, 2006 waren es 4,56 Millionen, 2007 waren es 4,4 Millionen und für 2008 sind 3,8 Millionen kalkuliert, also wird das Ganze schon mal weniger, was der Landkreis bezahlt.“

Zwischenfrage Stv. Grothe: „Hat die Stadt pro Kopf dasselbe bezahlt oder mehr?“

„Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun, es geht erst einmal um die Gesamtsumme. Wenn Herr Rausch in seinem eigenen Antrag schreibt, danach werden mehr als 50 % der städtischen Abfallgebühren durch Zahlungen an den Landkreis beeinflusst, dann werden mehr als 50 % schon mal günstiger. Das ist der erste Fakt, Sie sagen selber, die Gebührenkalkulation beinhaltet mehr als 50 % das, was an den Landkreis gezahlt wird. An den Landkreis bezahlen wir nachweislich seit 2005 weniger. Wenn Sie aber sagen, es wird alles teurer, verstehe ich den zweiten Punkt nicht, was wir auch schon angemerkt haben, warum reduzieren Sie dann den Anteil den Sie in den Haushalt 2008 einstellen, den Sie an den Landkreis bezahlen müssen, auf 4 Millionen. Wenn Sie der Meinung sind, dass alles teurer wird, macht das ja nicht unbedingt Sinn, dass Sie im Haushalt für 2008 weniger einstellen. Komischerweise von 4,4 Millionen auf 4 Millionen und hinterher fehlen 500.000 Euro. Kommt irgendwie zahlenmäßig ganz gut zusammen. Wenn Sie gleichzeitig uns dann noch sagen, wenn man das so sieht und auch weiß, dann ist schon mal auf dem Zettel die Aussage falsch, im Landkreis Gießen gelten seit dem 01.01. neue höhere Gebühren für die Stadt Gießen. Das stimmt einfach nicht, das ist falsch. Grundsätzlich (nicht verständlich)

das Ziel der Müllreduzierung aufzugreifen, dass wir es hinbekommen müssen, dass die Menschen weniger Restmüll produzieren.

Sie sagen vorhin, dass da ja schon super Erfolge gelaufen sind und da weiter gearbeitet werden muss. Wenn man sich aber die Zahlen anguckt, sagen Sie, gute Erfolge sind erzielt worden, es hat aber nichts gebracht. Seit 2005 15.000 Tonnen, 2006 15.200 Tonnen, 2007 16.000 Tonnen und gerade jetzt - 2008 - 15.000 Tonnen. Also es ist zwar schön, dass Sie uns verkaufen, es ist jetzt schon viel passiert und es hat auch alles etwas gebracht, aber an effektiven Zahlen hat es nichts gebracht. Und deswegen wehre ich mich ein bisschen, da sind Sie in letzter Zeit auch ganz gut drin, dass an vielen Sachen immer die anderen dran Schuld sind, dass der Landkreis jetzt dran Schuld ist, dass - meiner festen Überzeugung nach, weil wir haben schon vor 2 bis 3 Jahren mit dem Thema Müllgebühren angefangen - die Stadt Gießen, der Magistrat, seine Hausaufgaben nicht gemacht hat und jetzt der Meinung ist, für die Müllgebührenerhöhung andere verantwortlich zu machen. Ist nicht der Fall und ich finde es schade, dass Sie ihre Zahlen schlechter kennen als ich, der sich erst seit 2 Wochen etwas intensiver damit beschäftigt hat. Vielleicht noch eine Sache zu der Pauschale. 4,3 Millionen kalkuliert für 2008 ist schon inklusive der Pauschale von 1,68 Millionen, da wird nicht mehr in Rechnung gestellt als vorher. Das sind Kosten, die umgelegt worden sind und ich verrate hier auch nichts Neues, (nicht verständlich), die der Kreisabfallwirtschaftsdezernent vor der Presse gehalten hat, die Zahlen sind 100 % bekannt, da bin ich mir ganz sicher. Und wenn man da guckt, für was ist denn diese Pauschale. Ich lese es vor: Bisher wurden fixe und variable Kosten addiert und durch Einwohnergleichwerte geteilt und der Stadt berechnet. Der Kreis hat die Einwohnergleichwerte bei 2004, 2005 abgeschafft und dafür Wettenberger Modell, d. h. Menge statt Personen abgerechnet. (nicht verständlich) ab 2008 (nicht verständlich). So, (nicht verständlich) variable Kosten Ergebnis: Mehr Transparenz. Die Gesamtsumme ändert sich dadurch nicht! Wenn man sagt, was ist in der Pauschale drin, Beispiele für Kosten, die in der Pauschale zusammengefasst oder früher separat berechnet wurden: Vorhaltung und Betrieb der Anlage Kompostierungsanlage Rabenau, Abfallwirtschaftszentrum Lahnstraße, Wertstoffhof, Abfall Umschlagstation für kostengünstigeren Transport in Müllverbrennungsanlage, Sicherstellung der ordnungsgemäßen Abfallentsorgung, Probeendkosten, Schadstoffsammlung, Abschreibungen für Zinsen und der Anlage. Also, ich gehe davon aus, dass Sie, der da Fachmann drin sind, dann auch ein bisschen mehr dahinter steigen als ich und der Kreis Ihnen das auch hinreichend erklärt hat. Also, wenn Sie sagen, Sie wissen nicht, für was die ganzen Pauschale sein soll usw., dann glaube ich Ihnen das nicht wirklich und zweitens, wenn Sie sagen, die Pauschale ist nicht rechtens, dann kalkulieren Sie eigentlich damit, dass sie weg fällt. Also, dann wird es ja noch weniger und bei Ihrer Argumentation blicke ich nicht so ganz durch.“

Sowohl **Herr Dr. Hasselbach** als auch **Stadtrat Rausch** bestreiten diese Zahlen. Durchschnittlich habe die Stadt seit 2005 jährlich gut 4,2 Millionen Euro gezahlt, 2008 würden diese Kosten aber auf rund 4,7 Millionen steigen - wenn es in Folge der Satzungsänderung nicht zu einer Reduzierung des Restmülls in Gießen komme.

Beratungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP; StE: SPD/LINKE).

3. **Vorhabenbezogener Bebauungsplan GI 04/22** **STV/1670/2008**
"Seltersberg II" (Vorhaben- und Erschließungsplan
"Universitätsklinikum");
hier: Abwägung und Satzungsbeschluss
- Antrag des Magistrates vom 24.04.2008 -
-

Antrag:

- „1. Die Anregungen der Öffentlichkeit und der Trägern öffentlicher Belange aus dem in 2007 durchgeführten Offenlegungsverfahren werden mit dem aus der Anlage 1 hervor gehenden Ergebnis abgewogen.
2. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan GI 04/22 „Seltersberg II“/Vorhaben- und Erschließungsplan „Universitätsklinikum“ (Anlage 2) wird mit seinen zeichnerischen und planungsrechtlichen Festsetzungen (Teil A der textlichen Festsetzungen) gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen. Die in den Planfestsetzungen markierte Teilfläche im Bereich eines überbaubaren Grundstücksfläche nordöstlich der Hautklinik wird nicht Bestandteil der Satzung. Die Begründung mit Umweltvorprüfung wird beschlossen.
3. Teil B (bauordnungsrechtliche Festsetzungen) der textlichen Festsetzungen wird gemäß § 81 Hessische Bauordnung (HBO) als Satzung beschlossen und i. V. m. § 9 Abs. 4 BauGB in den Bebauungsplan aufgenommen.
4. Der Magistrat wird beauftragt, den Satzungsbeschluss ortsüblich bekannt zu machen.“

Zwei kurze Nachfragen der **Stv. Janzen**, SPD-Fraktion, werden ausreichend von Stadtrat Rausch beantwortet.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

4. **Vorhabenbezogener Bebauungsplan GI 01/25** **STV/1682/2008**
"Südanlage/Lonystraße";
hier: Satzungsbeschluss
- Antrag des Magistrates vom 09.05.2008 -
-

Antrag:

- „1. Die von der Öffentlichkeit sowie Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange im Rahmen der Entwurfs-Offenlegung nach den §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 sowie § 4a Baugesetzbuch (BauGB) vorgebrachten Anregungen wurden gemäß §§ 1 Abs. 5, 6 und 7 sowie 1a BauGB geprüft und werden mit dem in der Anlage 1 dargestellten Ergebnis beschlossen.
2. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan wird mit der Planzeichnung (Anlage 2)

und dem Kapitel A der textlichen Festsetzungen (planungsrechtliche Festsetzungen gemäß § 9 BauGB i.V.m. der Baunutzungsverordnung (BauNVO), Anlage 3) als Satzung beschlossen.

3. Als eigenständige, in den vorhabenbezogenen Bebauungsplan integrierte Satzung wird das Kapitel B (Bauordnungsrechtlichen Festsetzungen nach § 81 Hessische Bauordnung (HBO)) der textlichen Festsetzungen beschlossen (Anlage 3).
4. Die Begründung (Anlage 4) zu dem Bebauungsplan wird beschlossen.
5. Der Magistrat wird beauftragt, den Beschluss zum Bebauungsplan ortsüblich bekannt zu machen (§ 10 Abs. 3 BauGB)."

Beratungsergebnis:

Der Magistratsvorlage STV/1682/2008 wird mit der Ergänzung (Tischvorlage) ohne Aussprache einstimmig zugestimmt.

**5. Vorstellung des Nutzungskonzeptes Rathaus;
hier: Bericht des Magistrats**

Stadtrat Rausch informiert, dass im neuen Rathaus am Berliner Platz für Veranstaltungen von Vereinen und Initiativen wie den Agenda-Gruppen keine gesonderten Räume zur Verfügung stehen werden. Solche Räume seien von Anfang an nicht vorgesehen gewesen.

Die Vertreter der SPD-Fraktion und der Linke.Fraktion reagieren mit Kritik auf diese Aussage. Man wolle offensichtlich „die Bürger aus dem neuen Rathaus draußen halten“, merkt **Stv. Bietz** an und verweist auch auf die geringe Zuschauerkapazität im neuen Sitzungssaal.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich merkt an, den Vereinen und Gruppen können die Fraktionsräume für ihre Arbeit angeboten werden. Denn es könne nicht sein, dass teure Räume für die Fraktionen gebaut und diese aber nur alle zwei Wochen genutzt werden.

Stv. Janitzki widerspricht diesem Vorschlag. Die Linke.Fraktion arbeite in ihrem Raum und benötige ihn auch häufig als Besprechungsraum.

Stv. Bietz fügt hinzu, dass die Fraktionszimmer für die Größenordnung von 40 Personen aufwärts deutlich zu klein seien.

Auf Nachfrage bestätigt **Stadtrat Rausch**, dass es im neuen Rathaus kein ständiges gastronomisches Angebot geben werde. Dies sei im benachbarten Großkino vorgesehen.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

6. Bericht des Magistrats zur Innenstadtbeleuchtung

Stadtrat Rausch stellt eine neue Lösung für eine attraktive Innenstadtbeleuchtung aufgrund einer PowerPoint Präsentation vor. Nach dieser neuen Konzeption kümmere sich die Stadt um die Ausleuchtung des Straßenraums, die BIDs um Illumination der Gebäude.

Zum in der letzten Sitzung vorgestellten Konzept des Lichtarchitekten Hägele aus Stuttgart nimmt Stadtrat Rausch ebenfalls detaillierte Stellung. Im Ergebnis habe Hägeles Konzept aufgrund einer Vielzahl von Defiziten ausscheiden müssen, so Rausch.

Der von **Stadtrat Rausch** vorgetragene Bericht des Magistrats zur innerstädtischen Beleuchtungssituation bzw. den dortigen Planungen ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Die nachstehenden Ausführungen werden auf Antrag der **Stv. Janzen**, SPD-Fraktion, wörtlich protokolliert.

Stv. Walldorf, SPD-Fraktion: *„Die Kosten für den Herrn Hägele vom 28.04.2008, wer hat die übernommen. Und dann die nächste Frage, das war doch schon vor dem 28.04.2008 bekannt, dass in diesen Orten das so aussieht? Es stellt sich für mich dann die Frage, wer, Herr Rausch, hat Sie denn vom Magistrat gezwungen, dass der Herr Hägele am 28.04.2008 noch mal diese Vorführung hier macht, wenn diese Bilder schon vorher bekannt waren?“*

Stadtrat Rausch: *„Also, dass war ein Wunsch des Parlamentes und dem sind wir natürlich gefolgt. Wie das jetzt genau war, das könnte man nachvollziehen.“*

Stv. Walldorf: *„Ja, wer hat es bezahlt, die Vorstellung vom 28.04.2008?“*

Stadtrat Rausch: *„Die hat jetzt erst mal die Stadt bezahlt, weil das Parlament wollte es ja haben, es ist so beschlossen worden, also müssen wir es auch bezahlen.“*

Stv. Grabe-Bolz, SPD-Fraktion: *„Also, ich muss sagen, Herr Rausch, wenn ich freundlich wäre, würde ich sagen, ich bin befremdet, weil das, was Sie hier abliefern, ich sage, ich bin entsetzt und ich finde es eine unglaubliche Stilllosigkeit, wie Sie hier mit diesem Thema umgehen. Es ist eine Unverschämtheit wie Sie hier einen professionellen Architekten versuchen, zu diskreditieren. Das ist die pure Stimmungsmache, die Sie hier machen, indem Sie als Stadtbaurat durch die Lande reisen mit ihrer Kamera Fotos schießen und uns die hier als Stimmungsmache vorführen. Das grenzt für mich an Rufschädigung, was Sie hier betreiben. Und ich frage mich wirklich, Herr Rausch, warum Sie, und das würde ein rationaler Prozess der Meinungsbildung sein und nicht anders müsste der aussehen, warum Sie hier stumm sitzen, wenn Herr Hägele sein Konzept vorführt. Ich finde nach wie vor richtig, dass wir Herrn Hägele eingeladen haben, weil er hat immerhin im Auftrag der Stadt ein Konzept erstellt und uns steht das auch zu, dieses Konzept zu erfahren. Warum Sie hier stumm sitzen, und warum Sie*

sich nicht mit Herrn Hägele hier auseinandersetzen, so dass Herr Hägele Stellung nehmen kann zu Ihren Vorwürfen und wir uns ein wirklich objektives Urteil bilden können, wenn nämlich Herr Hägele die Chance hätte, wahrscheinlich Ihre Aufnahmen, die Sie gemacht haben, hier auseinander zu nehmen. Und die BIDs müssen ja völlig mit dem Klammerbeutel gepudert sein, dass die weiterhin an Herrn Hägele festhalten, also das mal nur nebenbei bemerkt.

Und ich frage mich wirklich, Herr Rausch, welche Referenzen können Sie eigentlich für Beleuchtungskonzepte vorweisen, wenn Sie uns heute hier ein Beleuchtungskonzept für die Stadt Gießen präsentieren wollen. Das ist aber nur der Vorspann. Ich wollte einfach erst mal wissen und es geht gar nicht darum, dass man sagt, wir wollen jetzt unbedingt das Konzept Hägele in Gießen realisieren, dazu bedarf es ja bestimmter Voraussetzungen. Und unser Antrag beinhaltet ja auch, dass wir verschiedene Kriterien natürlich als Anforderungen stellen und die hier auch erörtert haben wollen. Aber am Anfang stand ja der Auftrag der Stadt, Herrn Hägele ein Konzept entwerfen zu lassen. Und offensichtlich stand am Anfang die Idee und von niemandem bestritten, dass wir ein ganzheitliches Beleuchtungskonzept für diese Stadt Gießen wollen. Zwischenbilanz ist, dass es offensichtlich kein ganzheitliches Konzept geben wird, wenn jetzt Ihnen gefolgt wird, Herr Rausch, und die Stadt Gießen und die BIDs getrennt marschieren. Also, ich finde es von vorneherein schon ein Problem, weil wir wissen alle, wenn zwei verschiedene Akteure dasselbe machen, gibt es Schnittstellen, gibt es Abstimmungsbedarf und so weiter. Also, es ist nicht dasselbe, wie wenn ein Konzept aus einem Guss, was eben wie gesagt, alle wollten, sonst hätte das ja nicht am Anfang gestanden, dieser Auftrag, realisiert wird. Und im Übrigen, nebenbei bemerkt, uns interessiert mal, ich weiß nicht, ob wir offiziell anfragen müssen, oder ob Sie uns das jetzt hier zusagen würden, noch mal der genaue Auftragstext, den Sie am Anfang Herrn Hägele gegeben haben und uns interessieren auch die Kosten, die für die Konzeptentwicklung Hägele bisher angefallen sind. Also, jetzt nicht die Vorstellung hier im Ausschuss, sondern welche Kosten da entstanden sind. Auf jeden Fall ist klar, es werden Schnittstellen entstehen und uns interessiert schon, wer entwickelt das städtische Beleuchtungskonzept, Sie, Herr Rausch? Ist das wirklich ein Konzept, was wirklich aus einem Guss ist, was auch auf lange Zeit angelegt ist? Immer dann, wenn irgendwelche Baumaßnahmen entstehen, dass dieses Konzept tatsächlich auch überall realisiert wird oder, das ist jetzt meine ganz massive Befürchtung, machen wir in Gießen wieder einen auf Klein-Klein? Und es ist, Sie haben ja gesagt, wir brauchen hier keine Champs-Élysées. Ich glaube mit Verlaub, dass niemand, aber auch niemand von Ihnen, Herr Rausch, erwartet hätte, dass Sie uns hier eine Beleuchtung a la Champs-Élysées entwickeln. Aber zwischen provinziellem Klein-Klein und der Champs-Élysées liegt ein breites Spannungsfeld. Dazwischen gibt es viel und ich denke, da wäre genau unser Handlungsfeld zu sagen, wir wollen ein ganzheitliches, einheitliches Konzept für die Stadt Gießen. Und ich denke, dass wir hier, wenn Ihnen so gefolgt wird, was ich immer noch nicht hoffe, dass wir hier eine ganz große Chance wiederum für die Stadt Gießen vertun. Wir haben schon genug Chancen vertan, Herr Rausch, Sie konnten sich in der Stadt schon genug ausleben und ich glaube, wir sind da gebrannte Kinder und sollen das nicht weiter in diesem Stil weiter vollziehen. Wir wollen wirklich Chancen für die Stadt Gießen nutzen, die Stadt Gießen hat es wirklich nötig.“

Stadttrat Rausch: „Also, Frau Grabe-Bolz, ich hatte in der letzten Stadtverordneten-sitzung schon gesagt, dass wir natürlich ein einheitliches Konzept haben werden. Dies

haben wir begonnen mit dem Wettbewerb im vergangenen Jahr. Wir haben vorgestellt, was die Pläne aus dem Wettbewerbsverfahren sind, wir haben dazu auch verschiedene Beschlüsse gefasst. Sie werden sukzessive in der Planung umgesetzt. Es wird allen in der Planung vorgestellt und dieses Konzept mit sogenannten Funktionsbändern, in denen Möblierung drin ist, Bäume drin sind, Grün drin ist, wird konsequent in den Neubaubereichen und lassen Sie mich das noch mal nennen, Mäusburg, Kreuzplatz, Sonnenstraße, der erste Abschnitt, später bis Seltersweg/Plockstraße umgesetzt. Und da das ein anderer Bereich ist, nämlich Sanierungsgebiet, soll auch in der Kaplangasse/Katharinengasse dieses Konzept umgesetzt werden, natürlich immer mit leichten Anpassungen, weil die Straßen immer sehr viel unterschiedlicher sind. Die Fläche, die noch in kein Muster passt, ist dann die Löwengasse, wo wir Ihnen ebenfalls dann eine Neugestaltung empfehlen aus den Gründen, die ich auch immer wieder in der Vergangenheit genannt habe, dass nämlich das gesamte Rohrleitungsnetz, Kanal, Wasser, Strom saniert werden muss, insbesondere auch Fernwärme gelegt werden muss, in der Innenstadt gibt es bisher keine Fernwärmeleitungen in diesen Strecken und dass dadurch es überhaupt erst gerechtfertigt ist, nach diesen Aufrissen, weil der Kanal vom Marktplatz weitergeführt werden muss als neuer Kanal, dass dadurch gerechtfertigt ist, die Oberflächen neu zu gestalten.

Wir haben vorgestellt, ich habe immer gesagt, alles soll einheitlich werden und an dieser Einheitlichkeit arbeite ich. Und wir haben für den Bereich der Mäusburg/Kreuzplatz/Sonnenstraße in diesen Aufträgen auch das Licht natürlich dabei. Denn, das ist eine ingenieurmäßige Leistung. Mann muss natürlich wissen, im Kreuzplatz, in den breiten Bereichen, welche Lampen kommen dahin? Man hat gerade in diesen breiten Bereichen beidseitig Funktionsstreifen und da müssen entsprechende Leuchten mit unter gebracht werden. Es müssen Leuchten/Leuchtkörper gesucht werden, die möglichst eine gute Abstrahlung geben in die Straßenmitte, weil in die Mitte der Straße kann ich keine Beleuchtung stellen, weil da findet ja der Verkehr, der Fußgängerverkehr, Auto-/Lieferverkehr statt. Deswegen müssen Leuchtmittel gesucht werden, die von der Seite in die Mitte strahlen und nicht quasi in die Geschäftslagen strahlen. Alles dies wird durch einen Lichtplaner untersucht bzw. mit den Ingenieuren abgesprochen. Und diese Absprache findet nicht nur irgendwo in geheimer Ecke statt, sondern soll auch mit den BIDs dann, wenn man weiß, wie es gehen soll, weiter kommuniziert werden und daraus entsteht dann das gesamteinheitliche Konzept. Und ich denke schon, dass wir damit auf dem richtigen Weg sind, und dass wir damit auch ein ganzeinheitliches Konzept hin bekommen. Die BID-Vertreter, mit denen ich intensiv gesprochen habe, informiert habe, sind durchaus der Auffassung, dass wir auf diesem Wege weiter gehen können und haben schon, weil alles sehr lange dauert, Hauseigentümer fragen, wie kommen wir denn jetzt weiter, durchaus gesagt, ja dieser Weg der Trennung, aber des gemeinsamen Konzeptes ist durchaus der richtige. Und ich denke, wenn wir das so machen, sind wir so flexibel und so unabhängig voneinander, dass man durchaus, der eine früher, der andere später, mit seinem jeweiligen Partner an der jeweiligen Ecke, die sich die Straßen teilen, durchaus weiterkommt und dass wir das liefern, was letztendlich gebraucht wird.

Sie haben nach dem Auftrag Hägele gefragt. Der Auftrag hat etwas über 35.000,- € gekostet, die Endabrechnung habe ich noch nicht. Er ist nicht originär Auftrag der Stadt gewesen, sondern es war ein Entgegenkommen gegenüber dem BID Seltersweg, die das Hägele Konzept überhaupt in die Öffentlichkeit gebracht haben, als Wunsch

geäußert haben und wir wollten uns diese Kosten teilen. Das war die Grundlage des Tuns der Stadt und dass war das, was wir mit dem BID Seltersweg, was ja dieses Kernprojekt in seinem BID-Katalog hatte. Wir waren der Auffassung, da wir ja am Anfang nichts wussten, wie es nun gehen kann, der Auffassung, das könnte was werden. Aber ich sage jetzt mal, so kommen wir im Prinzip nicht weiter und wir haben jetzt einen neuen Weg gefunden, wie wir für die Gießener Innenstadt wirklich sukzessiv weiterkommen und wie wir mit einheitlicher Beleuchtung und Gestaltung letztendlich die Innenstadt aufrüsten bzw. aufmöbeln. Alles was sonst noch zu leisten ist, die 1. Runde Besichtigungen haben wir an der Testfläche schon gemacht und wir werden weitere Besichtigungen dort durchführen, werden die Lampe ggf. auch da hinstellen, um wirklich zu sehen, also die Lampe, die man dann aussucht, das was man bewegen kann, um zu sehen, wie das Alles wirkt. Jetzt in der Sommerzeit ist das etwas schwierig, aber ich denke mit nachlassender Helligkeit zum Herbst hin nach der Sommerpause wird uns das auch in früheren Stunde als abends um 10, 11 Uhr gelingen, dass wir Besichtigungen vornehmen können. Ich denke, da die BIDs dieser Sache auch so zugestimmt hat, dass das der Weg ist, den wir auch so begehen können.“

Stv. Grabe-Bolz, SPD-Fraktion: „Die zweite Frage haben Sie noch nicht beantwortet, warum Sie nicht eine konstruktive Auseinandersetzung hier mit Herrn Hägele gesucht haben. Scheuten Sie den Dialog auf Augenhöhe und ich sage mal, warum haben Sie uns damit die Chance genommen, uns wirklich ein Urteil zu bilden aufgrund Ihrer Gegendarstellung. Nur so kann man sich ein Urteil bilden, wenn auch jemand wieder die Chance hat, Ihre sehr selektiven Aufnahmen, sage ich jetzt mal, evtl. zu widerlegen oder absurdum zu führen oder wie auch immer. Warum haben Sie uns die Chance, die, die wir ja darüber entscheiden müssen, genommen, das interessiert mich schon mal. Haben Sie denn mit Herrn Hägele, ich meine Herr Hägele ist ein Profi, das wissen wir alle, Verhandlungen, für danach Verhandlungen geführt, zur Nachbearbeitung, zur passgenauen Ausrichtung auf die Gießener Innenstadt und wo Ihre Vorstellungen mit eingeflossen sind?“

Stadtrat Rausch: „Also, Frau Grabe-Bolz, wir haben Gespräche geführt, Herr Hägele hat darauf nicht weiter reagiert. Es kam jetzt zu dem Termin, wie er hier im HFWR-Ausschuss kam, das habe ich eben im Bericht vorgetragen, eine andere Dokumentation als wir in den Unterlagen hatten. Und ich habe gesagt, erst danach, nachdem man das hatte, konnte man überhaupt das analysieren und damit habe ich eben auch begründet, warum ich natürlich nichts dazu sagen kann und eine Verwaltung muss natürlich erst mal einen Augenblick haben, bis sie die Unterlagen hat, sie nebeneinander gelegt hat, wo sich was verändert hat. Und ich habe es in meinem Bericht, den Sie noch bekommen werden, dezidiert auseinander gebrösel, wo die Schwachpunkte sind, jetzt wo Sie auch die CD haben, können Sie es nachvollziehen. Aber, das ist der Weg, ich brauche hier keine Streitgespräche, das war auch nicht die Absicht, der Ausschuss, das Parlament hat Herrn Hägele hier her gebeten und da muss jetzt nicht der Magistrat ein Streitgespräch mit dem Planer führen, sondern das Parlament wollte ja das Hägele Konzept vorgestellt haben. Das haben Sie bekommen, wir haben es jetzt danach geprüft und ich habe den Bericht gemacht und ich denke, dass ist durchaus ein faires Verfahren, was allen Dingen gerecht wird.“

Stv. Grabe-Bolz, SPD-Fraktion: „Haben Sie die Aufnahmen erst danach gemacht?“

Stadtrat Rausch: „Die Aufnahmen habe ich vorher gemacht. Frau Grabe-Bolz, wenn Sie Bedenken haben, sie wären selektiv, ich habe in Zürs jedes Haus fotografiert, ich habe in Göppingen jeden Haus fotografiert. Ich kann Ihnen hunderte von Bildern geben, wenn das für Sie interessant ist. Das sollte daran nicht scheitern, aber da werden sie auch keinen Meter schlauer dadurch. Ich habe eine Auswahl zusammengestellt. Dann sitzen Sie ein paar Stunden, wenn man alle Bilder anguckt. Dieser erste Besuch in Göppingen, das Beispiel, den ich schon 2006 gemacht habe, war ja auch für mich der Anlass, ganz kritisch nachzufragen, weil Göppingen war nicht das Beispiel, wo ich sagen kann, das ist etwas, und ich sage es hier noch mal ganz deutlich, was ich Gießener Hauseigentümer im Seltersweg vorstellen kann. Von den Kosten will ich gar nicht sprechen. Und ich habe dezidiert in dem Bericht Ausführungen gemacht, die können Sie anhand der CD oder das, was Sie an Unterlagen haben, versuchen, das nachzuvollziehen. Die Verwaltung hat das wirklich sehr dezidiert analysiert und das bin nicht ich, der die Lichtplanung macht, das hat die Planungsverwaltung gemacht. Man muss jetzt mal sagen, das ist dann etwa das Ergebnis. Und weitere Risiken in der Sache Beleuchtung wollten wir ehrlich gesagt nicht eingehen, wir wollten aber auch nicht still stehen und sagen, wir können jetzt keinen Meter weiter, weil an der Ecke geht es nicht. Und ich denke, dann ist dass der Weg zu sagen, so ich habe meinen Bericht gegeben. Ich habe Dokumente gegeben und ansonsten empfehle ich, mal selber nach Göppingen zu fahren, um sich das selbst anzugucken, wenn Sie denn glauben, die Bilder wären manipuliert. Sie sind nach besten Wissen und Gewissen gemacht und die Bilder sind einfach so fotografiert, wie man sie sieht.“

Bürgermeisterin Weigel-Greilich: „Ich denke, was man an der Stelle feststellen kann, dass das jetzt eine sehr gute Lösung ist, die wir hier gefunden haben. Vor dem Hintergrund, dass wir sauber trennen können, was Aufgabe der Stadt ist und was auch Finanzierungsverpflichtung der Stadt ist, wo ja auch - denke ich - zu Recht immer von der Opposition aus großen Wert drauf gelegt wird, dass das sauber getrennt wird. Das ist das Eine und das Zweite ist, dass dann trotzdem die Möglichkeit besteht, die wird sicherlich auch wahrgenommen werden, dass die zusätzlichen Konzepte, die von den BIDs ja finanzierbar sind und auch finanziert werden wollen, realisiert werden können, in der Abstimmung miteinander. Und da möchte ich doch schon noch mal auf ein, zwei Details der Vorstellung eingehen, weil ja auch gesagt wurde, warum hat man hier die Auseinandersetzung nicht gesucht. Ich glaube, dass es selbst einigen Vertretern, der Herr Merz hatte auch mal so etwas flapsig nachgefragt, aufgefallen ist, dass sehr lax mit der Frage, welche Kosten entstehen denn, umgegangen wird. Wir haben ja gleich als nächsten Tagesordnungspunkt Kostenaufstellung der Baumaßnahmen in Gießen, das könnte ich, glaube ich, mit Fug und Recht so beantworten, wie das von Herrn Hägele zu seinen Kostenvoranschlägen beantwortet worden ist, das dürften wir uns als Politiker hier an der Stelle, glaube ich, kaum erlauben, so Aussagen wie: 20 % teurer ist es sowieso mal und doppelt so teuer ist auch nicht so schlimm, weil man weiß ja nie, was im Untergrund vorhanden ist. Das war wirklich die Auskunft, die uns an der Stelle gegeben wurde. Das war nicht wirklich vertrauenserweckend, muss man an der Stelle auch mal festhalten. Und hier zu sagen, zu verlangen, dass die Stadt die Risiken, die sich aus dem Konzept ergeben, mittragen sollen, das wäre meines Erachtens fahrlässig und deswegen bin ich sehr froh und ich glaube, da können alle sehr froh sein, dass wir sagen, es gibt die Möglichkeit, es ist völlig offen gestellt, welche Konzepte die BIDs jetzt hier in der Umsetzung verwirklichen wollen. Aber die

Risiken und die nicht unerheblichen Risiken, dass haben wir ja auch besonders in Göppingen gesehen, und das hat hier Herr Hägele auch bestätigt, sind nicht bei der Stadt, sondern sind bei den BIDs. Ich glaube, dass das eine Sache ist, da kann keiner an dieser Stelle dagegen sprechen.“

An der ausführlichen Diskussion beteiligen sich die Stv. Grabe-Bolz, Walldorf, Janzen, Wagener, Bellof, Dr. Dittrich, Wernert-Jahn, Stadtrat Rausch und Bürgermeisterin Weigel-Greilich.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

**7. Beleuchtungskonzept STV/1714/2008
- Antrag der SPD-Fraktion vom 26.05.2008 -**

Antrag:

„Der Magistrat wird aufgefordert, die technischen, ästhetischen und finanziellen Voraussetzungen für die Umsetzung einer neuen Innenstadtbeleuchtung zu prüfen und diese bis zur nächsten Stadtverordnetenversammlung in eine entscheidungs-reife Vorlage münden zu lassen.

Die Konzeption soll beinhalten in welcher zeitlichen Abfolge, in welcher Form und zu welchen finanziellen Bedingungen das Beleuchtungskonzept des Architekten Herrn Hägele oder ein anderes in der Stadt Gießen realisiert werden soll. In den Meinungsbildungsprozess sind die vier BIDs, insbesondere das BID Seltersweg als möglicher Pionier, einzubeziehen.“

Stv. Grabe-Bolz begründet kurz für die SPD-Fraktion die Vorlage.

Stv. Wagener, CDU-Fraktion, verweist auf die Ausführungen von Stadtrat Rausch zum voran gegangenen Tagesordnungspunkt und sieht keine Notwendigkeit, der Vorlage zu zustimmen.

An der weiteren kurzen Diskussion beteiligen sich die Stv. Bellof, Wagner, Janzen, Stadtrat Rausch und Bürgermeisterin Weigel-Greilich.

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE).

**8. Kostenaufstellung der Baumaßnahmen in Gießen STV/1696/2008
- Antrag der FW-Fraktion vom 19.05.2008 -**

Antrag:

„Der Magistrat der Stadt Gießen möge der Stadtverordnetenversammlung berichten:

1. Welche Baumaßnahmen mit einem Volumen größer als 50.000,- € wurden in den Jahren von 2003 bis heute im Auftrag der Stadt Gießen durchgeführt?

2. Wie hoch waren bei jeder Baumaßnahme die bei Baubeginn angesetzten Kosten?
3. Wie hoch waren die tatsächlich entstandenen Kosten bei Abschluss der jeweiligen Baumaßnahme?“

Stv. Geißler begründet für die FW-Fraktion die Vorlage.

Stv. Wagener, CDU-Fraktion, spricht gegen den Antrag. Sie fragt Herrn Geißler, ob ihm bewusst sei, welcher hohen Aufwand sein Berichtsantrag verursache, eine Erledigung bringe eine wochenlange Arbeit mit sich.

Stv. Janitzki, Die Linke-Fraktion, kritisiert die Aussage der Stv. Wagener. Die Koalition könne nicht Informationsfragen der Opposition zensieren. Wenn die Tendenz anhalte, Berichtsanträge abzulehnen, sei es sinnvoller, die Fragen gleich als eine Anfrage gem. § 27 GO zu stellen. Die müsse der Magistrat schriftlich beantworten und es folge dann eine Aussprache in der Stadtverordnetenversammlung.

An der weiteren regen Diskussion beteiligen sich die Stv. Wagener, Walldorf, Geißler, Janitzki, Dr. Deetjen und Bürgermeisterin Weigel-Greilich.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/1 GR*; Ja: SPD/LINKE).

(*Die Stadtverordneten Dr. Deetjen und Scherer hatten die Sitzung bereits verlassen.)

Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte 9 bis 9.2 werden gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

**9. Berichtsantrag betreffend Gewerbefläche Lützellinden STV/1698/2008
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und
FDP vom 15.05.2008 -**

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat, zur nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im August über den Stand der Planung der interkommunalen Großgewerbefläche Lützellinden zu berichten.

Hierbei soll die aktuelle Entwicklung in der Stadt Wetzlar ebenso dargelegt werden, wie deren Auswirkungen auf das bislang gemeinsame Vorhaben der Entwicklung einer Gewerbefläche.“

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

**9.1. Großgewerbefläche Gi-Lützellinden
- Antrag der FW-Fraktion vom 26.05.2008 -**

STV/1710/2008

Antrag:

- „1. Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten, umfassend über den aktuellen Planungsstand der Großgewerbefläche Gießen-Lützellinden - einschließlich des aktuellen Sachstandes der Zusammenarbeit mit der Stadt Wetzlar - zu berichten.
2. Den Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung Gießen - ggf. in Absprache mit der Stadt Wetzlar - die von der Verwaltung der Stadt Wetzlar in Auftrag gegebene Chancen- und Risikoanalyse für die Beteiligung der Stadt Wetzlar an der Großgewerbefläche Gießen-Lützellinden zur Verfügung zu stellen.“

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

**9.2. Berichtsantrag Industriegebiet/Großgewerbefläche
Lützellinden
- Antrag der SPD-Fraktion vom 26.05.2008 -**

STV/1717/2008

Antrag:

„Der Magistrat der Stadt Gießen wird aufgefordert, über den aktuellen Stand der Entwicklung und Vermarktung der Großgewerbefläche bzw. Industriegebiet Lützellinden zu berichten. Insbesondere soll über folgende Punkte berichtet werden:

1. Auf genau welche Flächen in der Gemarkung Lützellinden bezieht sich der aktuelle Entwicklungsstand?
2. Welcher Anteil dieser Flächen befindet sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt im Besitz der Stadt Gießen? Welche Kosten sind durch den Ankauf dieser Flächen bisher insgesamt entstanden?
3. Welche Kosten sind durch Ankauf und Entwicklung (Planungskosten) dieser Flächen bisher insgesamt entstanden?
4. Welcher Anteil an diesen Kosten ist durch die Stadt Gießen zu tragen?
5. Welches sind nach Kenntnis des Magistrats die Gründe für die Stadt Wetzlar, einen Rückzug aus der gemeinsamen Entwicklung und Vermarktung der Großgewerbefläche Lützellinden zu erwägen?
6. Teilt der Magistrat die erkennbare Skepsis der Stadt Wetzlar hinsichtlich der Vermarktbarkeit der Fläche und wenn nicht, warum nicht?
7. Welche Zahlen oder sonstigen Erkenntnisse liegen dem Magistrat der Stadt Gießen vor, die der Stadt Wetzlar (noch) nicht vorliegen?
8. Wurden nach Bekanntwerden der Bedenken Gespräche mit der Stadt Wetzlar geführt bzw. Maßnahmen ergriffen, um diese Bedenken zu zerstreuen?
9. Wurden der Stadt Wetzlar bereits neuere Daten zu den Chancen und Auswirkungen des Großprojekts geliefert und wenn ja welche?

10. Wann ist mit weiteren Schritten, insbesondere Magistratsvorlagen, bezüglich der Weiterentwicklung der Großgewerbefläche zu rechnen?"

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

**10. Berichts Antrag Campusentwicklung
- Antrag der SPD-Fraktion vom 26.05.2008 -**

STV/1718/2008

Antrag:

„Das Consilium Campusentwicklung Gießen hat ein erstes Konzept für die bauliche Zukunftsplanung der Justus-Liebig-Universität vorgelegt und Empfehlungen für zukünftige Bauvorhaben und Umgestaltungen präsentiert. Die SPD-Stadtverordnetenfraktion bittet den Magistrat zu berichten,

- inwiefern der Magistrat der Stadt Gießen in diesen Planungsprozess bisher miteinbezogen worden ist
- wie der Magistrat die bisher vorgelegten Empfehlungen bewertet
- und wie der Magistrat in stadtplanerischer Hinsicht für dieses Projekt seine Mitverantwortung in Zukunft wahrnehmen möchte.“

Stv. Janzen, SPD-Fraktion, begründet kurz den Antrag.

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

11. Verschiedenes

- **Stadtrat Rausch** teilt mit, dass in Kürze allen Stadtverordneten eine Einladung zur Besichtigung der amerikanischen Flächen (bis auf das Depot) zugehen werde. Voraussichtlicher Besichtigungstermin: 18.06.2008.
- **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die nächste Ausschusssitzung nach den Sommerferien am Dienstag, 12.08.2008, 19:00 Uhr, stattfindet.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt die Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DER VORSITZENDE:

(gez.) K ü s t e r

DIE SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) A l l a m o d e